

# Weißeritz-Zeitung

## Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

**Bejngspreis:** Vierteljährlich 20 M. ohne Zei-  
tragen. — Einzelne Nummern  
20 M. — Herausgeber: Amt Dippoldiswalde Nr. 3.  
Gemeindeverband-Girokonto Nr. 3. — Postlehr-  
konto: Dresden 12548.

Nelleste Zeitung des Bezirks

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts  
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

**Anzeigenpreise:** Die lebhafteste Zeitung  
V. außerhalb der Amtshauptmannschaft : 20 M. im amtlichen Teil (aus  
von Behörden) die Seite 200 M. — Ganzseite nach  
Reklame 200 M.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Gebau. — Druck und Verlag: Carl Gebau in Dippoldiswalde.

Nr. 291

Mittwoch den 14. Dezember 1921

87. Jahrgang

### Amtliche Bekanntmachung.

#### Offizielle Bekanntmachung.

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat bestimmt, daß die Vorschriften des Gesetzes über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn vom 11. Juli 1921 mit dem 1. Januar 1922 in Kraft treten, soweit sie nicht schon gemäß Artikel IV Satz 1 dieses Gesetzes in Kraft getreten sind.

Plauzähler Dippoldiswalde und Heidenau,  
am 12. Dezember 1921.

#### Verlängeres und Sächsisches

An schönen Sonntagen durchstreift jeder gern die nähere und weitere Umgebung seines Wohnortes, die meisten aber gehen achtslos vorüber an den Schönheiten, die die Natur uns allen bietet. Erst wenn sie von einem Naturfreunde darauf aufmerksam gemacht werden sind, sei es durch Wort, sei es durch Bild, dann erinnern sie sich, daß sie das Schöne doch auch schon gesehen haben und es erscheint ihnen nun in hellerem Lichte. Solche Schönheiten aus sächsischem Lande, aus Dresdens nordöstlicher Umgebung zu zeigen, dazu ist der Vortrag im Gewerbeverein am nächsten Mittwoch, 14. Dezember, berufen. In ihm wird Herr Lehrer Frisch auf die herrlichen Punkte des Schlosses Moritzburg und die dieses Jagdschloss aus der Zeit Augusts des Starken umgebenden Wälder und Seen aufmerksam machen. Über 100 Lichtbilder werden dazu gezeigt werden und das Gesprochene im Bilde beweisen. Der Vortrag, der vor kurzem auch im Dresdner Gewerbeverein gehalten wurde, hat dort eine sehr günstige Besprechung erfahren und kann der Besuch nur empfohlen werden. Es sei hier aber noch ganz besonders darauf aufmerksam gemacht, daß dem Abendvortrage um 8 Uhr ein solcher für unsere Kinder um 1/2, 7 Uhr vorausgehen wird.

Literarischer Abend. Um unsere Jugend von Dippoldiswalde für Werke guter Literatur zu begeistern, ist am Donnerstag abend in "Stadt Dresden" ein Unterhaltungsabend geplant. Weihnachtsfeier und Weihnachtsfreude in Wort und Lied sollen im Mittelpunkt dieses Jugendabends stehen. Näheres wird im Anzeigenkasten der "Weißeritz-Zeitung" am Mittwoch bekannt gemacht.

Jeder Leser unseres Blattes ist berufen, auch unser Mitarbeiter zu sein, nämlich infofern, als er uns über allerlei Vor kommisse allgemeiner oder besonderer Art, wie sie sich fast täglich abspielen, sei es nun ein Unfall, ein Diebstahl, ein Jubiläum, eine Vereinsache oder ähnliches, Mitteilung machen sollte und zwar sofort, wenn etwas geschieht, damit das Ereignis möglichst neu ist, wenn es in die Presse kommt. In der Stadt sowohl als auch auf dem Lande passiert oft etwas, was höchstens bekannt zu werden. Da die Leute von der Zeitung selbst aber nicht zu jeder Zeit und überall dabei sein können, so ist es recht wünschenswert, wenn unsere Leser für die Allgemeinheit geeignete Mitteilungen an uns gelangen lassen.

"Christ der Retter ist da!" So tönt es alljährlich in deutschen Landen bei Arm und Reich, bei Hoch und Niedrig. Und auch in diesem Jahre soll froh aller Not, die unser Volk bedrückt, helles Weihnachtlicht, Weihnachtsliebe und Weihnachtsfriede in die Herzen der Verlassenen, der Gesunkenen und Elenden getragen werden. Wir möchten den armen verirrten deutschen Mädchen auch diesmal wieder eine Weihnachtsfeier halten und auch den Insassen unserer Mädchen schulheime helles Weihnachtlicht strahlen lassen. Dazu muß uns jeder helfen. Wir brauchen Wäsche, Kleider, Schuhe, Strümpfe und all die vielen Kleinigkeiten fürs Leben. Und auch viel Geld. Weil alles so teuer geworden ist, müssen die Mittel reichlicher liegen. Gaben der Liebe sende man bitte an die Deutsche Mitternachtsmission e. V., Postscheckamt Hamburg Nr. 9201.

Schmiedeberg. Tagesordnung zur öffentlichen Sitzung des Schulvorstandes am Freitag den 16. Dezember 1921, abends 7 Uhr: Mitteilungen. — Quäkerspeisung. — Neugründung ständiger Lehrerstellen. — Die neue Ortschulordnung. — Anträge über Stenographieunterricht, Anlegung eines Schulgartens, Einrichtung einer Kochlehrküche. — Anzeige gegen 2 Fortbildungsschüler. — Besuch des Hausmanns Höhlert um Reuregierung seiner Gehaltsverhältnisse. — Ministerialver ordnung, den Fortbildungsschulverband betr. — Etwa noch Eingehendes.

Glashütte. Am vergangenen Sonntag fand hier eine Hauptmannsversammlung der Feuerwehren des Bezirksver-

bandes der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde statt, die von den Wehren in Dippoldiswalde (Pflicht- und Freiw. F.), Altenberg, Geising, Lauenstein, Glashütte, Johnsbach, Schmiedeberg, Obercarsdorf, Reinhardtsgrimm, Seifersdorf, Possendorf, Reichstädt und Überndorf besucht war, so daß nur die beiden Wehren von Kreischa und Höckendorf fehlten. Der Verbandsvorsitzende, Branddirektor Müller-Schmiedeberg, eröffnete die Verhandlungen mit der Begrüßung aller Erschienenen, insbesondere der Herren Amtshauptmann v. d. Planitz, Kreisvertreter Jäger-Pirna und Bürgermeister Oppel gedachte des Ablebens des ehemaligen langjährigen Landesverbandsvorsitzenden Lothar Weigand, dessen Andenken die Anwesenden durch Erheben von den Plänen ehren. Herr Amtshauptmann dankt für die Einladung und Begrüßung und versichert auch für die Folgezeit sein fakräftiges Eintreten für das Feuerlöschwesen im Bezirk. Sodann berichtet Herr Kreisvertreter Jäger über die, abermalige Ablehnung der Verleihung von Ehrenzeichen für 25- und 40-jährige Dienstzeit bei der Freiwilligen Feuerwehr, über den Stand der Rentenangelegenheit, sowie über die zweimal im Jahre zu erfolgende Anmeldung von zu verleihenden Diplomen und über die Erfolge der Feuerwehrlotterie. Die letztere hat einen Reingewinn von etwa 200 000 M. ergeben, außerdem noch einen solchen von 13 000 Mark von unerhobenen Gewinnen. 1922 wird eine abermalige Lotterie veranstaltet, bei welcher die bisher gemachten Erfahrungen Verwendung finden sollen. Über diesen Bericht, sowie über die Zentralisierung der Unfallversicherung entwickelt sich eine eingehende Debatte. Der nächste sächsische Feuerwehrtag findet am 8., 9. u. 10. Juni 1922 in Werdau statt. Bei der Befreiung innerer Verbandsangelegenheiten wurde angeregt, bei der Amtshauptmannschaft um Erhöhung des Aufwandszuschusses an den Verband auf jährlich 2000 Mark zu bitten, auch wird der Mangel an telefonischer Nachverbindung bitter empfunden, deren Kosten nicht allzu hoch sein würden (?). Die Schriftleitung. Die Versammlung wurde darauf geschlossen.

Kreischa. An der am Sonntag stattgefundenen Gemeinderatswahl beteiligten sich von 1313 Stimmberechtigten 1154 = 88 %. Es entfielen auf Liste 1 Dr. Voigt 210 Stimmen und 2 Sitz, Liste 2 Handlungsgesell Hänel 114 Stimmen und 1 Sitz, Liste 3 Hermann Pfleider 180 Stimmen und 2 Sitz, Liste 4 Paul Freymark 466 Stimmen und 5 Sitz, Liste 5 Heinrich König 182 Stimmen und 2 Sitz. Die Zusammensetzung des Gemeinderats hat durch die Neuwahl ein anderes Gepräge bekommen. Die Vertretung der Berufe ist eine vielseitigere geworden. 2 Stimmen waren ungültig. Während das Stimmverhältnis nach der Wahl am 9. Oktober 8 zu 4 war, ist es jetzt 7 zu 5. Die Liste Freymark hatte 500, König 217, Goldammer 424 Stimmen.

Possendorf. Einem hiesigen Gutsbesitzer ist ein Brandbrief zugegangen, weil er angeblich Kartoffeln für 90 M. verkauft habe. Vom Friedenrichter angestellte Erdörterungen ergaben nicht den geringsten Anlaß zu dieser Beschuldigung. Der betr. Besitzer hat tatsächlich Kartoffeln nur für 45—50 M. verkauft; irgend welcher Grund für einen Brandbrief war also nicht vorhanden.

Dresden. Wie die Sächsisch-Böhmischa Korrespondenz von justizialer Stelle erfährt, wird auf Anordnung des Reichsverkehrsministeriums auch im Bezirk der Eisenbahngeneraldirektion Dresden geprüft, ob in Anbetracht der Kohlennot eine Einschränkung des Personenverkehrs wünschenswert oder notwendig ist. Der Kohlenmangel ist gerade in Sachsen ganz besonders arg. Wie wir erfahren, sind die Erwüdigungen in Dresden noch nicht abgeschlossen.

Dresden, 13. Dezember. Wegen Kriegsvergehens begann heute Dienstag vormittag im Schwurgerichtssaal des Dresdener Landgerichts vor der dritten Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Mögl ein höherer Prozeß. Die Anklage richtet sich gegen den Direktor der Dresdner Felsenkellerbrauerei, Ernst Alexander Konstantin Klapp und 8 Genossen und betrifft Ueberschreitung der Höchstpreise bei An- und Verkauf von Gerste. Die übrigen acht Angeklagten, vier Rittergutsbesitzer, zwei Gutsbesitzer und zwei Kaufleute, sind aus der Umgebung Dresdens. Zur Aufklärung des Sachverhaltes sind eine größere Anzahl Zeugen und mehrere Sachverständige geladen. Der Eröffnungsbeschluß legt Direktor Klapp zur Last, er habe bei Ankauf von Gerste die vorgeschriebenen Höchstpreise überschritten, die Rittergutsbesitzer und Gutsbesitzer sollen zu höheren Preisen verkauft haben als zulässig ist, während die beiden Kaufleute derartige Geschäfte als Kommissionäre vermittelten haben sollen. Die ganze Angelegenheit war durch eine anonyme Anzeige ins Rollen gekommen, insgesamt handelt es sich um nahezu

3000 Zentner Gerste, während die Brauerei selbst im Jahre rund 140 000 Zentner verschrotet. Alle Angeklagten bestreiten, sich strafbar gemacht zu haben. Die Verhandlung dürfte von längerer Dauer sein.

Die Meldung der "Times", daß die in Sachsen gefundenen 353 großen Haubitzen im Jahre 1919, nach dem Kriege und nach Unterzeichnung des Vertrages von Versailles hergestellt seien, wird amtlich dementiert. Damit entfällt auch der Vorwurf der Verlegung des Friedensvertrages.

Kötzschenbroda. Zum Zwecke der Gründung einer Stadt "Elbschlößchen" haben bereits die ersten Gemeindevertreter abgestimmt. In Oberlößnitz, das gar kein Interesse an der Zusammenlegung der Lößnigortschaften hat, stimmt der Gemeinderat mit 11 gegen 3 Stimmen gegen die geplante Städtebildung. Radebeul dagegen ist der freibende Keil in der aufgeworfenen Frage und stimmt deshalb im Gemeinderat 18 Stimmen für und 3 Stimmen, bei einer Stimmabstaltung, gegen die Ortswereinigung. Da die Einwohner aller Ortschaften sich aber nur einer Urabstimmung fügen werden, sind die bisherigen Abstimmungen zwecklos. Allgemein ist man überhaupt ganz gegen die Gründung einer Stadt, weil man neben unabsehbarem Leidung in der Verwaltung und kostspieligen Verpflichtungen einer Stadtgemeinde für deren Bewohner nur Einschwernisse erblickt.

Pirna. Noch nicht aufgefunden wurde die vor einigen Wochen von hier verschwundene unverehelichte Wöhner. Am Tage nach ihrem Verschwinden war die Vermieterin in Bergglechhäuschen gefangen worden, wo sie sich nach der Felsenbrücke erkundigte; ob sie sich dorthin begeben hat, konnte nicht festgestellt werden. Auf Wunsch des Vaters wurde am Sonntag von Mitgliedern der hiesigen Sanitätskolonne unter Führung des Kolononführers B. Wolf und mit Unterstützung älterer hiesiger Pfadfinder das Gebiet des Labyrinths bei Langenhennersdorf nach der Vermieterin abgesucht, da man annahm, daß diese sich dort verirrt und den Tod gefunden hat. Die Suchenden, die sich unentweglich zur Verfügung gestellt hatten, begaben sich früh 8 Uhr in das Gebiet und kehrten erst abends 6 Uhr zurück. Das Absuchen gestaltete sich sehr schwierig, war aber leider ohne Erfolg.

Freiberg. Nachdem die erforderlichen Genehmigungen der staatlichen und städtischen Behörden vorliegen, ist das hiesige Hotel "Sächsischer Hof" durch Kauf in den Besitz der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt, Leipzig, übergegangen. Es ist beabsichtigt, das Gebäude niederzulegen, ebenso das angrenzende Grundstück von Reiche, das ebenfalls der Creditanstalt gehört, und auf beiden Grundstücken einen Neubau zu errichten, der sich in seinem Aussehen dem Stadtbild einfügen wird. Man will den Charakter des jetzigen Bauwerkes nach Möglichkeit wahren. Für Bankzwecke sollen die Erdgeschossräume des Neubaus verwendet werden. Die Geschosse werden für Wohnungen eingerichtet.

Leipzig. Ein Vorgang auf dem Leipziger Hauptbahnhof, der sich am Freitag vormittag abspielte, wird hier viel belastet. In der Zeit der Kohlennot hatte auch die Bahnhoverwaltung, trotzdem die kalendermäßige Frist eingetreten, die Züge nicht befehlt. Eine Frau, die bei einer Reise wahrscheinlich sehr gefroren hat, kam auf den Gedanken, der Eisenbahnverwaltung etwas unter die Arme zu greifen und ein leuchtendes Beispiel hochherziger Schenkung zu geben. Die Frau erzählte mit einem Palet unter dem Arm, begab sich zu einer Gruppe Eisenbahner, denen sie mit den Worten: "Hier, die Eisenbahn kann es gut gebrauchen", das Palet überreichte. Die verblüfften Eisenbahner öffneten und fanden zu ihrem Erstaunen in dem Palet kein läuberlich eingewickelt 15 Brötchen. In der Zeit der Kohlennot sicher nicht über! Wahrscheinlich wollte die Frau das gute Beispiel einer Brötchensammlung für die Eisenbahnverwaltung geben.

Auf Lindenthaler Flur wurden Bohrungen nach Braunkohle vorgenommen. In einer Tiefe von 45 Metern traf man auf Braunkohle. Obgleich das Bohrloch bis zur Tiefe von 60 Metern vorgetrieben wurde, konnte ein neues Flöz nicht gefunden werden. Die Bohrungen wurden deshalb eingestellt.

Zwickau. Die Stadtgemeinde Zwickau wird an den Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Zwickau für das Ausscheiden der Landgemeinde Weizenborn, die am 1. Januar 1922 nach Zwickau eingemeindet werden soll, eine Abfindung von 80 000 Mark zahlen.

Nieder- und Oberplanitz. Die Verschmelzung der beiden politischen Landgemeinden Nieder- und Oberplanitz zu einer Stadtgemeinde mit dem Namen Planitz erfolgt nun endgültig am 1. April 1922. Die eingesetzten Ausschüsse haben alle in Früh kommenden Vorarbeiten erledigt, sodass die Gemeinde-

räte in ihren nächsten Sitzungen die Verschmelzung nur noch zu dokumentieren haben. Auch dies ist nur noch Formalsache, die so gut wie erledigt ist. Nach der Verschmelzung hat sich sodann ein neues Stadtverordnetenkollegium zu konstituieren, dem reichliche Arbeit auf allen Gebieten harrt.

Döbeln i. V. Des immer noch sehr niedrigen Wasserstandes wegen erlässt die Amtshauptmannschaft ein Verbot der Wiesenbewässerung.<sup>1</sup>

Plauen i. V. Der Gaspreis ist hier von 1,65 M. auf 2,40 M. pro Kubikmeter erhöht worden; in entsprechenden Abstufungen haben auch die Säze für Kraft und Licht aus dem städtischen Elektrizitätswerk eine Erhöhung erfahren.

Bauhen. Die Frage der Eingemeindung des etwa 3000 Einwohner zählenden Vorortes Seidau nach Bauhen, die seit nunmehr zehn Jahren behandelt wird, ist jetzt so weit gediehen, daß der von der Gemeinde Seidau gestellte und vom Kreisausschuß befürwortete Antrag auf zwangsweise Eingemeindung dem Ministerium zur Entscheidung vorliegt. Die Stadt Bauhen hat gegen eine etwaige Zwangseingemeindung bei der Regierung Verwahrung eingelegt, weil eine solche in Widerspruch mit Reichsverfassung und Revidierter Städteordnung stehen würde, und weil eine Eingemeindung der Stadt Kosten von mehreren Millionen Mark bringen würde. Außerdem fordert der Bezirk 25 000 Mark Entschädigung. Die Stadt würde sich vielleicht zu einer Eingemeindung Seidaus verstehen können, wenn gleichzeitig die Orte Rallwitz und Siebisch einverlebt würden, und hat dies auch in der an die Regierung gerichteten Verwahrung durchblättern lassen.

Bauhen. Die städtischen Kollegien beschlossen, die Besteuerung der Konsumvereine und Erwerbsgenossenschaften rückwirkend auf das Jahr 1920. In Frage kommen 12 Genossenschaften mit 7000 M. Steuerertrag. Die Angelegenheit hat wiederholt zu lebhaften Auseinandersetzungen in den Körperschaften Anlaß gegeben; die Sozialdemokraten wollen den nunmehrigen Beschluß ansehen.

## Ein englischer Reparationsplan.

### Brands Reise nach London.

Der französische Ministerpräsident Briand hat die Einladung Lloyd Georges zu einer Besprechung der allgemeinen Finanzlage nach London zu kommen, angenommen. Wiederstaatminister Loucheur, der sich zu einem kurzen Aufenthalt nach Brüssel begeben hat, um sich mit der belgischen Regierung über die Reparationsfrage zu besprechen, wird Briand nach London begleiten. Reuter meldet, daß die Besprechungen voraussichtlich am 18. Dezember beginnen und bis kurz vor Weihnachten dauern werden. Eine Vollsitzung des Obersten Rates mit Einfluß der italienischen und belgischen Vertreter zur Erörterung der deutschen Entschädigungsfrage soll erst Anfang des neuen Jahres stattfinden.

Über das Programm der Zusammenkunft der beiden Premierminister wird übereinstimmend aus englischer und französischer Quelle gemeldet, daß ein großer Plan zum Wiederaufbau Europas und zur Festigung der Währungen besprochen werden soll. Ungeklärt hat Loucheur von Lloyd George schon genaue Mitteilungen erhalten über die Pläne der englischen Regierung und der Londoner City gegenüber Deutschland.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ sieht das Angebot Lloyd Georges an Briand eine Revision des Finanzabkommen vom 18. August und die Zuerteilung eines größeren Teils der ersten bezahlten deutschen Milliarde an Frankreich vor. Herner schlägt England vor, das Vorzugsrecht der französischen Reparationsforderungen zugunsten der zerstörten Gebiete in weiterem Umfang als bisher anzuerkennen. England will weiter für den ganzen Betrag seiner Forderungen an französisches Schuldverschulden in Abhängigkeit nehmen, die Deutschland bereits auf Grund des Londoner Ultimatums ausgegeben hat oder noch auszugeben wird. England wünscht schließlich, daß Deutschland in großem Umfang der Barzahlungen übergeben werde und daß die Zahlungen auf Grund des vorgeschlagenen neuen Abkommen in größtem Maßstabe in Waren geleistet werden. Die englische Regierung werde vermutlich ein gleiches Angebot bezüglich der deutschen Kriegsschulden an Italien und Belgien machen. Italien und Italien sind angeblich geneigt, der Einladung zu entsprechen, während es noch nicht feststeht, ob auch Amerika bereit ist, diesem Beispiel zu folgen.

## Friede im Fernen Osten.

### Das Biermärkteabkommen in Washington.

Nach langwierigen Verhandlungen hat die Washingtoner Abschlussonferenz einen wesentlichen Punkt ihres Programms erledigt. Troy, anfänglich schwierigkeiten, ist das Biermärkteabkommen über den Pazifischen Ozean zustandegekommen, nachdem man darauf verzichtet hatte, die Frage der Überlastung zur See in das Abkommen mit einzubeziehen.

In der letzten Sitzung der Konferenz verließ der amerikanische Senator Lodge das Abkommen, dessen Unterzeichnung unmittelbar bevorstand. Lodge erklärte, die Unterzeichnung erfolge unter dem Vorbehalt von amerikanisch-japanischen Verhandlungen in der Kapfrage. Er fügte hinzu, das Abkommen sehe von dem Gebrauch bewaffneten Gewanges ab und suche den Frieden im Stillen Ozean zu sichern, indem es sich auf den christlichen Willen der Völker gründet.

Die Hauptbestimmungen des Abkommen sind folgende:

1. Die vertragsschließenden Teile (Vereinigte Staaten, das britische Reich, die französische Republik und das japanische Reich) verpflichten sich gegenseitig, ihre Mächte bezüglich ihrer kolonialen Besitzungen und Dominions im Stillen Ozean zu achten. Wenn hierüber Meinungsverschiedenheit entsteht, werden diese Mächte die anderen vertragsschließenden Teile zu einer Konferenz einladen, der die Geläufigkeit der Frage zur Prüfung und Regelung vorliegen soll.

2. Sollten die oben erwähnten Mächte durch aggressive Haltung einer anderen Macht bedroht werden, so werden die vier Mächte sich untereinander in vollständiger

und freimütiger Weise verständigen, um zu einem Einvernehmen über die wirksamen Maßnahmen zu gelangen, die sie gemeinsam oder gesondert ergreifen werden, um allen Erfordernissen der Lage gerecht zu werden.

3. Das vorliegende Abkommen bleibt von dem Tage an, an dem es in Kraft tritt, zehn Jahre lang in Gültigkeit. Nach Ablauf dieses Zeitraumes lautet es weiter mit dem Vorbehalt, daß jeder der hohen vertragsschließenden Teile das Recht hat, es mit 12monatiger Ablösung zu beenden.

4. Das gegenwärtige Abkommen wird sobald wie möglich ratifiziert werden. Es tritt in Kraft, sobald die Ratifikationsurkunden in Washington niedergelegt sind. Sobald dies geschehen ist, ist die zwischen Großbritannien und Japan am 19. Juli 1911 in London abgeschlossene Konvention aufgehoben.

Nach Verlesung des Abkommens erklärte der britische Delegierte Walpole, die Spannung in der pazifischen Frage sei beendet. Er freue sich, zu sehen, daß die Vereinigten Staaten und Frankreich jetzt durch ein gemeinsames Abkommen mit Großbritannien und Japan verbunden sind. Nichts sei besser geeignet, den Freuden zu sichern und die Ablösung zu ermöglichen.

Fürst Tokugawa sagte, ganz Japan werde der Vollendung dieses Werkes zuzwenden und sich über dieses Unterfangen des Friedens freuen.

Staatssekretär Hughes schloß die Sitzung mit den Worten: „Ich freue mich, daß dieses Abkommen einen außerordentlichen Fortschritt auf dem Wege der Erhaltung des Friedens bedeutet.“

## Gegen den Kartoffelwucher.

### Einführung von Preisfestsetzungsausschüssen.

Da von allen Seiten dauernd und berechtigt Beschwerden über die Preisentwicklung der Kartoffeln laut werden, hat der preußische Staatskommissar für Volksnahrung unter dem 2. Dezember eine Mundverfügung an die Oberpräsidenten gerichtet, in der neben der Bekämpfung des wilden Handels durch die inzwischen angeordnete Konzessionierung des Kartoffelhandels als weitere Abhilfemaßnahme die Einführung von Preisfestsetzungsausschüssen angeordnet wird.

Für jede Provinz ist mit größter Beschleunigung ein Ausschuss zur Ermittlung der Kartoffelpreise, bestehend aus Vertretern der Landwirtschaft, des Kartoffelhandels, der Genossenschaften und der Verbraucher zu bilden mit der Aufgabe, angemessene Preise an Hand der vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft aufgestellten Richtlinien unter Berücksichtigung der besonderen örtlichen Verhältnisse zu ermitteln.

Diese Preisbemessung basiert auf den Marktnotierungspreisen, die Ende September in den Erzeugergebieten von den Marktnotierungscommissionen festgestellt werden sind, und einem Aufschlag, der die steigende Geldentwertung und die Gestaltungskosten der nächsten Ernte berücksichtigt. Herner heißt es in der Mundverfügung:

„Es ist Vorsorge zu treffen, daß seitens der Ausschüsse benachbarter Bezirke mit ähnlichen Verhältnissen möglichst gleiche Preise ermittelt werden, da wesentliche Unterschiede in den Preisen die Gefahr einer Verschiebung der Ware in die Bezirke mit höheren Preisen und damit einer Störung der Versorgung in sich birgt.“

Die von den Ausschüssen ermittelten Preise sollen den Polizei- und Strafverfolgungsbehörden als allgemeine Richtlinien für ihr Vorgehen bei der Bekämpfung der wucherhaften Preisforderungen dienen. In Zweifelsfällen wird der im Erlass vom 10. November 1921 vorgesehene Sachverständige sich über die Ungemessenheit des Preises gutachthaltschließlich zu äußern haben. Als Sachverständiger wird, sofern ein solcher nicht bereits ernannt ist, zunächst eines der Kommissionsmitglieder zu bestellt sein.

Die Preisermittlungen der Ausschüsse sind den Polizei- und Strafverfolgungsbehörden mit größter Beschleunigung mitzuteilen; außerdem sind die Preise öffentlich bekannt zu machen.“

Im Anschluß an diese Mundverfügung erlässt der Justizminister an sämtliche Generalstaatsanwälte folgende Verfügung:

Bei der Art der Zusammensetzung der nach dem Musterclasse des Staatskommisars in allen Provinzen zu bildenden Ausschüsse werden die Staatsanwaltschaften davon ausgehen können, daß die von den Ausschüssen laufend festgesetzten Kartoffelpreise die durch die Preistreibereiordnung gezogenen Grenzen nicht überschreiten. Bei der Beachtung dieser Preise wird daher für die Staatsanwaltschaften regelmäßig kein Anlaß zu einem Einschreiten wegen Preistreiberei vorliegen. Bei Überschreitung dieser Preise wird dagegen wegen Preistreiberei einzuschreiten, sofern nicht die besonderen Umstände des einzelnen Falles zu einer anderen Beurteilung führen.“

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 13. Dezember 1921.

Der Reichswirtschaftsrat hat den Entwurf der Schlichtungsordnung in der Gesamtabstimmung mit 80 gegen 76 Stimmen angenommen.

Der frühere Stuttgarter Oberbürgermeister v. Gauk, der nahezu 18 Jahre lang Stadtvorstand von Stuttgart war, ist im Alter von 63 Jahren gestorben.

Der neue Botschafter am Konsulat. Der gegenwärtige deutsche Gesandte in Kopenhagen, Herr v. Neuhaus, ist zum deutschen Botschafter im Konsulat ernannt worden. — Konstantin v. Neuhaus, der am 2. Februar 1873 in Klein-Glatbach (Württemberg) geboren wurde, kommt aus der Konsulatslaufbahn. Von 1903 bis 1908 war er Konsulat in London, war dann an verschiedenen Orten des Auslands verkehrt und wurde für seine Dienste mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse ausgezeichnet.

als Botschaftsrat nach Konstantinopel berufen. Im Januar 1919 wurde er, als Graf Brockdorff-Ranau als Staatssekretär des Auswärtigen nach Berlin ging, Gesandter in Kopenhagen. Politisch ist er bisher nicht besonders hervorgetreten.

Reichswirtschaftsrat und Kreditaktion. In der Gruppe des Reichswirtschaftsrates folgende Entschließung vereinbart worden, auf deren einstimmige Annahme man rechnen konnte:

Der Reparationsausschuss spricht die Meinung aus, daß die Durchführung einer Kreditaktion auf Grund des Beschlusses der Volksversammlung des Reichswirtschaftsrates vom 4. November 1921 eine Bedeutung nicht mehr für Deutschland habe. Diese Kreditaktion ist zeitlich und dem Vertrag nach zu befristen. Entschlossene Maßnahmen gegen die innere Heimatwirtschaft im Reich und besonders bei den Reichsverkehrsbetrieben sind daneben mit größter Beschleunigung in die Wege zu leiten. Dagegen lehnt der Reparationsausschuss die Verbindung dieser und anderer als Bedingung gestellten Forderungen mit der Kreditaktion ab.“

Inzwischen hatte Reichskanzler Dr. Wirth wissen lassen, daß neue ihm zugegangene Nachrichten es angebracht erscheinen lassen, daß das Haus sich bis Dienstag in der Kreditaktion vertrete. Der Reichskanzler hofft, daß er am Dienstag in der Lage ist, nach der Rückkehr Rathenaus aus London ergänzende Mitteilungen seinen legten hinzuzufügen.

Eine Rede Dr. Wirths im Königswinter. Am Sonntag stand in Königswinter, einer der wenigen unbewohnten Städte am Rhein, eine außerordentliche Tagung des Provinzialausschusses der rheinischen Zentrumspartei statt, in der Reichskanzler Dr. Wirth das Referat über eine Reihe der brennendsten politischen Themen übernommen hatte. Der Reichskanzler vermittelte der ungewöhnlich stark besuchten Versammlung einen Einblick in den gewaltigen Fragenkomplex der inneren und außenpolitischen Lage, der auch in den nächsten Reichstagsitzungen behandelt werden soll. Der Reichskanzler behandelte das Schuldproblem, die Erfüllungspolitik, die Bemühungen um eine Verbesserung der Koalition, das Wiesbadener Abkommen, die bevorstehenden Entscheidungen über den Steuerkompromiß, das Schlagwort von der Erfassung der Sach- und Goldwerte, die Schwierigkeit der Devisenbeschaffung, die Stellung der Wiedemitter in der Zentrumspartei, das Verhältnis der Zentrumspartei zur Landwirtschaft, die Lage der Verlehranstalten, Oberschlesien und die Nevarationen als Kernproblem der Weltwirtschaft. Der Reichskanzler wies darauf hin, daß wir schon in den nächsten Tagen vor den schwerwiegenden Entscheidungen und vor Ereignissen von ganz besonderer Tragweite stehen. Er schloß mit einem Appell an die Zentrumspartei, die ihn gerade in diesem Zeitpunkt nicht im Stich lassen dürfe und auf die er sich besonders verlassen müsse. Am Abend trat der Kanzler die Rücksichtnahmen an.

Schutz der deutschen Minderheiten in Oberschlesien. In Gleiwitz fanden Besprechungen der Staatssekretäre Dr. Devold und Göppert mit den Vertretern des vor Kurzem ins Leben gerufenen Oberschlesischen Verbandes für Heimatdorf und kulturelle Bestrebungen und des Oberschlesischen Zweckverbandes für Leibesübungen statt. Die Ausprache gab den deutschen Unternehmern Gelegenheit, alle Wünsche und Forderungen der deutschen Bevölkerung in der für den abzutretenden Teil Oberschlesiens lebenswichtigen Frage des Schutzes der deutschen Minderheiten kennen zu lernen. Dabei kam die lebhafte Sorge und die schweren Beunruhigungen zum Ausdruck, mit der die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens angeht der schlimmen Erfahrungen ihrer Schließfestsgefährten in Posen und Westpreußen ihrem zukünftigen Schicksal entgegengesehen.

Die Deutschenausweisungen aus Polen. Wie verlautet, soll der Botschafterrat angeordnet haben, daß die Ausweisungen von Deutschen aus den preußischen Provinzen Polens sistiert werden sollen und daß die Streitfälle einem unparteiischen Schiedsgericht zur Entscheidung zu übertragen sind. Eine Note in diesem Sinne soll von Paris nach Warschau abgegangen sein.

Erhöhung der Pfändungsgrenze. Dem Reichstag ist eine Novelle zur Bildungsordnung zugegangen, die die Pfändung von Gehaltsansprüchen des Geldentwertung anpassen will. Dies geschieht dadurch, daß die Pfändungsgrenze von 1500 auf 8000 Mark erhöht wird. Teuerungsabschläge und Kinderhilfen gehören zu denjenigen Bezügen, die der Pfändung nicht unterworfen sind. Das Gesetz wird auf die seit dem 1. Oktober 1921 fällig gewordenen Bezüge zurückbezogen.

Genturzlausdruck zum Fall Smets. Die Zentrumsaktion des preußischen Landtags hat eine Interpellation zum Fall Smets eingebrochen, in der es u. a. heißt: „Was gebietet das Staatsministerium zu tun, um eine ordnungsmäßige unabhängige Reichsprüfung in den besetzten Gebieten zu gewährleisten und dafür Sorge zu tragen, daß nicht Personen lediglich wegen ihrer landesverrätherischen und antideutschen Tätigkeit ihrem ordentlichen Richter entzogen werden?“

Der Wohlwahrtsminister gegen die Kokainfahne. Der preußische Minister für Volkswirtschaft, Herr Hertie, weist in einem Erlass an die Regierungsvorstände auf die gesundheitsverdächtige Ausbreitung der ungefährlichen Abgabe des Kokains an. Es heißt in dem Erlass: Kokain darf nur in Apotheken, und auch da nur auf ärztliche Anweisung, als Heilmittel, also auch nicht zu anderen, z. B. wissenschaftlichen oder technischen Zwecken erworben, verarbeitet oder abgegeben werden. Wenn gleichwohl Kokain in den Besitz der Bevölkerung gelangt, so kann das nur auf ungefährlichem Wege geschehen. Den Polizeiverwaltungen ist strengstens zur Pflicht zu machen, das Treiben in gewissen Vergnügungsstätten einzusegnen zu beobachten, und dadurch, sowie durch scharfe Überwachung verdächtiger Schankwirtschaften, Drogengeschäfte, Freizeitgeschäfte und -den Missbrauch und den unerlaubten Schleichhandel mit Kokain mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Im Ja-  
ing, Ge-  
scher nicht

In der  
schenen  
Entschlie-  
mige Un-

ung aus.  
Grund-  
wirtschaft  
nig.  
zeitlich  
ne Ma-  
tschaft  
betrieben  
Wege zu  
die Ver-  
der Vorde-

h wissen  
ichten es  
sich bis  
Reichs-  
Vage ist  
gänzende

er. Um  
wenigen  
dentalischen  
Benz-  
rich das  
politi-  
stanzler  
ersamm-  
komplek-  
auch in  
den soll.  
ten, die  
Verbrei-  
men, die  
verkom-  
der Sach-  
beschaf-  
ntums-  
er Land-  
verschaf-  
ter Welt-  
dass wie  
werst  
r Er-  
schein.   
Spartei,  
Stiche  
verlassen  
Kreise

verschaf-  
tskreis-  
tretern  
leiblichen  
trebun-  
der Le-  
eutfischen  
Dorf  
den  
Frage  
nen zu  
schwers  
deutsche  
en Er-  
d West-  
d.

Wies-  
haben,  
preu-  
n und  
gericht  
ote in  
abge-  
Reichs-  
zuge-  
der  
durch,  
Mark-  
hlfen-  
ndung  
f die  
Bezuge

Benz-  
u. a.  
tun,  
pilge-  
dafür  
vegen  
gleit

enche-  
irkt-  
ungs-  
bri-  
es an-  
s po-  
nung.  
s. S.  
eben-  
wohl  
t, so  
Den  
ma-  
un-  
durch-  
sten,  
raus-  
mit

### Rathenau beim Reichskanzler.

Berlin, 12. Dezember. Kurz vor 11 Uhr erschien Dr. Rathenau in der Reichskanzlei, um dem Kanzler über den Verlauf und das Ergebnis seiner Londoner Verhandlungen Bericht zu erstatten. Der Besuch Dr. Rathenau dauerte bis gegen 1/2 Uhr mittags. Die Aussprache zwischen Dr. Wirth und Dr. Rathenau war vertraulicher Natur.

### Außerordentlicher Verbandstag der Hausbesitzer.

Berlin, 12. Dez. Der Generalverband Deutscher Haus- und Grundbesitzer e. V. nahm auf einem sehr ausgedehnten, sachlich inhaltsreichen und gewichtigen außerordentlichen Verbandstag Stellung zu den neuen Gesetzentwürfen über Mieterschutz und Mieteinzugsamt, zur Sozialisierung des Wohnungswesens und der Beteiligung des Hausbürgers an der Kreditaktion für das Reich. Sehr ausführliche Entschließungen wurden einstimmig angenommen.

### Der Ruf nach deutschen Arbeitern.

Paris, 12. Dez. Der Kongress der Liga der Menschenrechte, der am Sonntag in Reims abgehalten wurde, hat eine Entschließung angenommen, in der deutsche Arbeiter für den Wiederaufbau verlangt werden.

### In Indien gärt es.

London, 12. Dez. Die Agitation in Indien dauert fort. Während des Wochenendes wurden fast 300 Personen, hauptsächlich in Kalkutta verhaftet; die Zahl der Verhafteten stieg damit auf 600. Unter ihnen befindet sich der Präsident des Indianischen Nationalkongresses und der Präsident des Khalsa-Tatwausschusses von Bengalen. In Kalkutta dauert der Boykott fort. In Lucknow, wo der Prinz von Wales am Freitag eintraf, wurde ein Ausstand und ein Tag der Trauer verhängt.

### Rundschau im Auslande.

■ In Straßburg ist die Rhein-Schiffahrtskommission unter französischem Vorsitz zu einer Tagung zusammengetreten.

■ In Dedenburg-Stadt soll am 14., in Dedenburg-Vand am 16. Dezember abgesprochen werden.

■ Kardinal Luge, das Haupt der römisch-katholischen Kirche in Irland, hat alle irischen Bischofe zusammengekommen, um bekannt zu geben, daß das Friedensabkommen mit England ratifiziert werden müsse.

■ Auf den kürzlich ernannten japanischen Premierminister Baron Takahashi ist ein ergebnislos gebliebener Mordanschlag verübt worden. Das Attentat ist das zweite innerhalb weniger Tage.

### Schweden: Die Verteilung der Nobelpreise.

■ Die Verteilung des Nobelpreises für Chemie und Literatur erfolgte in Anwesenheit des Königs und mehrerer anderer Mitglieder des königlichen Hauses in der Hochschule für Natur. Professor Freiherr de Geer hielt die Rede auf dem Nobelpreisträger in Chemie, Walter Nernst, zurzeit Rektor der Berliner Universität, in der er auf die epochenmachenden Erfindungen hinweist, die den Namen Nernst weltbekannt gemacht haben. Den Nobelpreis für Literatur erhielt der bekannte französische Schriftsteller Anatole France. Nach der feierlichen Preisverteilung fand ein Festessen statt, bei dem Anatole France am selben Tage dem schwedischen Ministerpräsidenten erteilten Nobelpreis erwiderte und Branting seine Bewehrung darbrachte. Dem durchdringlichen Krieg von allen, äußerte Anatole France, ist ein Friedensvertrag gefolgt; der Friedensvertrag, sondern eine Verlängerung des Krieges ist. Europa wird untergehen, wenn nicht die Vernunft in den Parlamenten Platz findet. Prof. Nernst hielt darauf eine Rede zu Ehren der schwedischen Akademie.

### Spanien: Streikunruhen in Bilbao.

■ In Bilbao (Nordspanien) haben streikende Arbeiter einer großen Goldwarenfabrik eine Gruppe Arbeiter, meistens Deutsche, die die Streikenden erschossen sollten, angegriffen. Ein Mann wurde getötet und sieben verwundet.

### Amerika: Eine neue Konferenz im Frühjahr.

■ Nach einer Meldung der "Chicago Tribune" aus Washington soll Staatssekretär Hughes mit, die Konferenz in Washington werde im nächsten Frühjahr zusammengetragen. Zu diesem Zeitpunkt werde wahrscheinlich der Bericht der Entente-Kommission vorliegen, die nach China gesichtet werden sei. Der Plan des Präsidenten Harding bestreitet eine Gemeinschaft der Völker werde bei dieser Gelegenheit sicher ebenfalls geprüft werden.

### Der Mord in Kleppelsdorf.

Belastende Beugenaussagen für Gruppen. Die Aussage der Frau Edert, der Großmutter der ermordeten Kinder, muß sich natürlich auch um die Frage drehen, was hat Gruppen zur Zeit der Mordtat gemacht. Bekanntlich hielten sich die Kleppelsdorfer in einem Wohnzimmer zur Mordzeit auf, in dem zur Unterhaltung Mühlé gespielt wurde. Der Mord geschah in einem anderen Zimmer, das eine Minute Wegzeit von dem Wohnzimmer entfernt ist. Gruppen, der Angeklagte, war im Wohnzimmer und soll sich nach einer Aussage auf kurze Zeit daraus entfernt haben, nach einer anderen dagegen ununterbrochen im Zimmer geblieben sein. Diesen Punkt aufzuhüften, dürfte die wichtigste Aufgabe des Prozesses sein. Frau Edert, die in der Voruntersuchung der Meinung war, daß Gruppen das Zimmer nicht verlassen habe, sagt jetzt unter ihrem Eid anders aus.

Nach ihrer Aussage ging Gruppen im Zimmer auf und ab, während Irmgard und Martha Mühlé spielten und sie selbst höferte. Sie habe dann Gruppen aus den Augen verloren, vermutlich weil sie beim Höfeln etwas eingeschlafen ist. Auf die Frage des Vorsitzenden, wie lange Gruppen fortgewesen seien kann, antwortet die Zeugin: Nachdem die Besuche neulich in Kleppelsdorf gemacht worden sind, und man festgestellt hat, daß zu dem Wege nur 50 Stunden gebraucht wird, habe ich das Gefühl gehabt: ein paar Minuten kann er weg gewesen sein.

Zu dem bekannten Abschiedsschreif der Ursula an die "Liebe Großmutter" äußerte sich die Zeugin in der weiteren Befragung: Ich war ganz sprachlos. Hättest glaubt ich das, was in dem Brief stand, und hätt Ursula für die Mörderin. Aber ich bin dann zu der kleinen Weibermeuna gekommen.

daß es Ursula gar nicht gewesen sein kann. Sie war ja viel zu schwach, sie konnte keine Wasserkanne aufheben.

Zu den folgenden Aussagen wird vorübergehend die Geheimlichkeit ausgeschlossen.

In den weiteren Beugenaussagen dürfte die des Mittwochs Zug von Interesse sein. Er berichtet von einem physiologischen Experiment, das er mit Frau Edert nach dem Mord angestellt hat. Während Frau Edert in dem gewohnten Stuhl im Wohnzimmer genau wie am Tage des Mordes halb hälzte, halb nickte, entfernte er sich aus dem Zimmer. Es brauchte zu dem Wege ins Mordzimmer 50 Sekunden. Seine Abwesenheit war von Frau Edert nicht bemerkt worden.

Gastanstaltsdirektor Brobel befandet, daß Frau Edert und Irmgard leicht zu beeinflussen waren.

### Aus Stadt und Land.

■ Schloß Nudem niedergebrannt. Wie aus Lübeck gemeldet wird, brannte das Schloß Nudem des Grafen Königsmarck vollständig nieder. Der Schaden beläuft sich auf 4 Millionen Mark.

■ Spanische Grippe in Baden. In Heidelberg und der Umgebung sowie in mehreren Ortschaften des Neckartales tritt die Grippe epidemisch auf. Es sind bereits mehrere hundert Erkrankungsfälle zu verzeichnen.

■ Schiffungslück auf der Elbe. Ein Danziger Schleppzug, bestehend aus dem Danziger Schleppdampfer "Mottlau" und den beiden Seeleichtern "Uma" und "Julia" hatte Danzig mit dem Bestimmungsort Neval verlassen. Auf der Höhe von Libau geriet der Schleppzug in einen schweren Sturm. Der Leichter "Julia" sank, der an Bord befindliche Führer sowie ein Matrose fanden ihren Tod in den Wellen. "Mottlau" lief darauf mit dem Seeleichter "Uma" Bernau, als Rostock an, wo die Petroleumladung des Seeleichters gelöscht wurde. Von hier aus ging er wieder in See. Beide Schiffe gerieten abermals in einen schweren Sturm, der Seeleichter wurde vom Schlepper losgerissen und trieb zwei Tage und zwei Nächte hindurch im Meer. Von dem Schleppdampfer "Mottlau" hat man bisher nichts gehört.

■ Bergarbeiterstreik in Frankreich. Nach einer Habesmeldung aus Etienne (Frankreich) haben die dortigen Bergarbeiter einen 24-stündigen Streik beschlossen, der einen Protest gegen die Herabsetzung der Löhne und eine Warnung darstellen soll.

### kleine Nachrichten.

■ Der Hamburger Senat hat für das Jahr 1922 Bürgermeister Dr. Dittel zum ersten und Bürgermeister Otto Stolten zum zweiten Bürgermeister wiedergewählt.

### Volkswirtschaft.

■ Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 12. bis 18. Dezember unverändert wie in der Vorwoche zum Preise von 720 Pf. für ein Zwanzigmarksstück, 360 Pf. für ein Gehmarmstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

■ Berlin, 12. Dez. (Börse). An der Börse war wieder offizieller Effektenhandel, der allerdings sehr matt verlief. Die schwere Börse ist mit einem deutlich gesunkenen Wert eingestiegen. Die deutsche Mark nicht so gestiegen, wie die Effektenkurse gesunken sind. Zur schwulen Stimmung, die an der Börse trotz des kalten Wetters herrschte, lädt nicht zuletzt der Zusammenschluß des Allgemeinen Banken- und Börsenvereins ein. Die Börse geht in Deville und Dollar (165), die Börsenahmehöhe des Ultimos, die Geldknappheit usw. trugen zur Drückung des Geschäfts bei.

■ Der Stand der Mark. Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	12. 12.	10. 12.	1914
100 holländische Gulden	6143	6738	167.— M.
100 belgische Franken	1268	1393	80,—
100 dänische Kronen	5161	3561	119,—
100 schwedische Kronen	4070	4520	112,—
100 italienische Lire	—	819	80,—
1 englischer Pfund	689	769	20,—
1 Dollar	165	187	4,20
100 französische Franken	—	1453	80,—
100 schweizerische Franken	—	1621	80,—
100 tschechische Kronen	202	215	—

■ Berlin, 12. Dez. (Börse). Am der Börse war wieder offizieller Effektenhandel, der allerdings sehr matt verlief. Die schwere Börse ist mit einem deutlich gesunkenen Wert eingestiegen. Die deutsche Mark nicht so gestiegen, wie die Effektenkurse gesunken sind. Zur schwulen Stimmung, die an der Börse trotz des kalten Wetters herrschte, lädt nicht zuletzt der Zusammenschluß des Allgemeinen Banken- und Börsenvereins ein. Die Börse geht in Deville und Dollar (165), die Börsenahmehöhe des Ultimos, die Geldknappheit usw. trugen zur Drückung des Geschäfts bei.

■ Die Eisenbahnverwaltung bestätigt, die Rückfahrten der Fahrkarten, soweit sie nicht durch Wegeverordnungen beansprucht werden, zu Weihnachtszeiten auszuüben. Die ersten dieser "Weihnachtsfahrkarten" werden ausgegeben.

### Gedenktafel für den 13. Dezember.

1545 Eröffnung des Tridentinischen Konzils — 1769 † Der Dichter Christian Fürchtegott Gellert in Leipzig (\* 1715) — 1797 \* Der Dichter Heinrich Heine in Düsseldorf (\* 1808) — 1816 \* Der Ingenieur Werner v. Siemens in Lübeck (\* 1823) — 1836 \* Der Maler Franz v. Lenbach zu Schlosshaufen in Überboihingen (\* 1904) — 1863 † Der Dichter Friedr. Hebbel in Wien (\* 1813).

### Viele Nachrichten

Die Begehung der deutschen Weihnachten

durch Frankreich.

Paris, 12. Dez. Nach einer Meldung des "Matin" wird sich der französische Ministerrat am Dienstag mit der Frage beschäftigen, ob Frankreich von dem im Versailler Vertrag niedergelegten Rechte Gebrauch machen und Schiffe auf deutschen Wegen erheben lassen soll.

### Erneuter Mordanschlag auf den japanischen Ministerpräsidenten.

Paris, 12. Dezember. Nach einer Meldung der "Chicago Tribune" aus Tokio wurde gestern auf den kürzlich ernannten japanischen Ministerpräsidenten Takahashi ein Mordanschlag verübt. Dies ist der zweite innerhalb weniger Tage. Mehrere Personen wurden verhaftet.

### Kirchen-Nachrichten.

Mittwoch den 14. Dezember 1921.

Dippoldiswalde. Abends 8 Uhr Bibelstunde. Pastor Wölfen, Bärensels. 8 Uhr Adventsandacht im Diakonissenheim. Seifersdorf. 1/2 Uhr Adventsmahlgebetsschule.

Donnerstag den 15. Dezember.

Dippoldiswalde. Abends 1/2 Uhr Männerbibelstunde in der Brauhausstraße 310 B. Zippendorf. 7 Uhr Adventsandacht mit anschließender Adventsmahlfeier.

Schönsdorf. 8 Uhr Bibelstunde in der Schule.

Freitag den 16. Dezember.

Hennersdorf. 5 Uhr Wochencommunion.

### Schlachtviehprixe auf dem Viehhof Dresden

am 12. Dezember 1921.

Art	Wertlosen	Preise für 50 kg in Mark	Lebend- Schlacht- Gewicht
1. Rinder: A. Ochsen.	1. Vollfleische, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	950—1050	1725—1850
2. Junge, stielig, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete	800—900	1575—1775	
3. Mögl. genährt junge, gut genährt ältere	500—600	1075—1250	
4. Gering genährt ältere jed. Alters B. Bullen.	300—400	900—1000	
126. 1. Vollfleische, ausgezogene	900—1000	1600—1725	
2. Vollfleische jüngere	700—800	1375—1500	
3. Mögl. genährt jüngere und gut genährt ältere	450—550	1000—1125	
4. Gering genährt Rinder C. Kalben und Kühe.	300—400	800—950	
170. 1. Vollfleische, ausgemästete Rinder höchsten Schlachtwertes	950—1050	1725—1850	
2. Vollfleische, ausgemästete Kühe und Rinder höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	800—900	1575—1675	
3. Ältere, ausgemästete Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	600—700	1300—1500	
4. Gut genährt Kühe und mögl. genährt Kalben	400—500	1000—1200	
5. Mögl. genährt Kühe und gering genährt Kühe und			

# Zum Weihnachtsfeste



empfiehle mein  
reichhaltiges Spielwaren-Lager.  
Ferner empfehle ich Weihnachtsgeschenke:

(Besichtigung ohne Rauschwang)  
heute angenehm.

Blumensäulen, Tische, Haus-Apotheken, Rodel-  
und Kinderschlitten.

Spezialhaus für Korbwaren aller Art.



## Richard Oehme, Dippoldiswalde,

82 Markt 82.

### Stern-Lichtspiele.



2 Tage.

Mittwoch und Donnerstag 15.30 Uhr

I. Teil des großen Abenteuer-

Films in 4 Abteilungen, 20 Minuten.

1. Teil:

### Die Jagd nach dem Tode.

5 alte lobhafter Abenteuer noch nie gezeigter herr-  
licher morgenländischer Aufnahmen.

Sowie ein tolles Lustspiel.

Um gütigen Zuspruch bittet Gobor Fischer.

### Hund

kleiner Rattler,  
entlaufen.  
Abzugeben bei  
Schlossermeister Weidner,  
Riebertorstraße.

### Weihnachtsgeschenk

verkaufe ich zu billigen Preisen:  
Kugeln, Ulster, Schläpfer  
Militärjuppen,  
Militärhosen,  
in feldgrau und schwarz,  
Gefüchte und Ledershosen,  
Reithosen, Militärstiefel

### Dresden

41, I. Gr. Brüderstraße 41, I.  
2 Häuser vom Postplatz Reinhardts.  
Kinder Vorsprungpreise!  
Sonntag von 11 Uhr geöffnet;

### Stroh

kaufst  
Karl Oppelt, Dippoldiswalde,  
Telephon 162.

### Mäcksel

en gros, detail



Vertrieblich: Drogerie Hugo Müller

Visitenkarten :: C. Jähne

Stelle von heute einen frischen

Transport

bestes

### Milchvieh

am hochtragende Kühe und Kalben

gegen preiswert zum Verkauf.

Nehme auch Schlachtvieh in Zahlung.

Albin Müller, Vorlaß.

Bernus „Dessentliche Vorlaß“.



### Gewerbeverein

Mittwoch, 14. Dezember,  
14.7 Uhr für Kinder, 8 Uhr abends für Erwachsene

### großer, öffentl. Lichtbildervortrag.

herr Sehrer Zeiche - Dresden wird über

Moritzburg und sein Wald,

sein Wild und seine Teiche

sprechen und den Vortrag mit mehr als 100 Lichtbildern erläutern.

Eintritt für Mitglieder und deren Frauen frei, Nichtmitglieder

Mark 3,- nicht selbständige Angehörige der Mitglieder 1,50 Mark.

Zur Kinder-Vorstellung Eintritt 50 Pf.

Der Vorstand glaubt mit der Wahl dieses Vortrags aus einem

Gebiet unserer engeren Heimat dem Wunsche vieler Mitglieder

entgegengelommen zu sein und erwartet zahlreichen Besuch.

Der Gesamtvorstand. Felix Jähne, Vor.

Tägliche

### Strohhutnäherinnen

auf große Posten Span-Dauerarbeit sucht

Strohhutfabrik Georg Bernhardt,

Dresden-Reußstadt, Hauptstr. 21.

### Zahngesichte

einzeln Zähne, Brückenstücke, Ziegel, sowie sämtliche  
Gegenstände aus

### Platin, Gold, Silber

Uhren, Ketten, Ringe, Broschen usw.

Brillanten, Ohrringe, Ringe, Rollers

verkaufen Sie am vorteilhaftesten nur bei

Kandel, Dresden - A.

Neue Gasse 11, nächst Pirnaischen Platz.

Straßenbahnverbindung von nämli. Bahnhöfen.

Gehrgeld wird vergütet. Sonntag den 11. u. 18. geöffnet.

### Letzte Gelegenheit!

Haben Sie noch alle

### Zahngesichte

zerbrochene und eingelassene Zähne, so lassen Sie dies eben  
nicht länger unruh liegen, denn Sie erhalten jetzt wiedereinführende  
hohe Preise dafür. Versäumen Sie die letzte Gelegenheit nicht.  
Einkauf nur einen Tag und zwar Mittwoch den 14. von früh 8  
bis abends 8 Uhr im

Gebhof zum „Goldenen Stern“, 1. Etage.



Zu haben: Löwen-Apotheke, Drogerie zum Giestanten und  
in allen einschlägigen Geschäften.

### Hüte

Mützen, Herrenwäsche,

Gummiwäsche, Kravatten

Schirme, Filzschuhwaren

empfiehlt in bekannt reicher Auswahl

**Paul Schwind, Schmiedeberg.**

Witwe Jähn Stellung als

Wirtshafterin

in einer kleinen Landwirtschaft.

Oft u. „C. B. 40“ a. d. Geschäft.

2 elektrische Lampen

und ein mod. Kostüm

zum billigsten Preis

zu verkaufen.

Ripsdorf 36,

Villa Walddorf.

1 Paar gebrauchte, guterhaltene

Witzziebel

zu verkaufen. Habenauer Str. 247B, I. L.

Guterhaltener

Puppenwagen

zu kaufen gesucht. Angebote

mit Preisangebot unter „C. B. 90“

an die Geschäftsstelle erbeten.

Eine guterhaltene liebendere

Strickmaschine

(Meteor) zu verkaufen in

Reinhardtsgrimma 89

bei Lenzenfeld.

Ein Paar gebrauchte, guterhaltene

Witzziebel

zu verkaufen. Habenauer Str. 247B, I. L.

### Herzlichen Dank

allen denen, die uns anlässlich unserer

### Vermählung

und unseres Einzuges durch Glückwünsche und wertvolle  
Geschenke edeln und erfreuen.

Seifersdorf und Vorlaß, am 10. Dezember 1921.

Richard Zimmermann und Frau Flora,  
geb. Menzer.

Für die vielen Zusammensetzen, die uns anlässlich unserer

### Vermählung

zu teilhaben, sagen wir herzlich allen unseren  
herzlichsten Dank.

Schmiedeberg, am 10. Dezember 1921.

Adolf Münz und Frau Rosa

verw. gew. Lange geb. Henz.

### Landw. Verein Dippoldiswalde und Umgegend.

Sonntagnachmittag den 17. Dezember nachm. 5 Uhr in der Rohrbachwirtschaft

### Sitzung.

1. Eingänge und Mitteilungen.
2. Bericht des Herrn Vorwärtschef. Jädel über: Bodenbearbeitung und Bodengere.
3. Bericht des Vorstandes über Geld- und Naturfragen.
4. Ausprache.

Um zahlreichen Besuch bittet

### Dippoldiswalde und Umgegend.

Mittwoch den 14. Dezember abends 1/28 Uhr

### Dessentliche Versammlung im Schützenhaus.

Tagesordnung:

Die gegenwärtige Leitung, ihre Ursachen und  
die zehn Wirtschafts- und Steuerforderungen des  
Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Referent: Arbeiterschreiber Gräber - Freital.

Volks- und Gewerkschaftsgenossen demonstriert durch Maßnahmen  
für die Durchführung dieser Forderungen.

Das Gewerkschaftsrat.



### Geweco, des jährl. Weihnachtsgeschenk

bringt bei Erkrankungen verschiedene Arz-  
zettel und Sicherstellungen, befreit und hindert  
Schwangeren und ist außerunternehmen ein  
vorzügliches Mittel gegen verschlebene Er-  
krankungen des Menschen und Muskelstrikums,  
Zergleiden, Krankheiten der Sinnesorgane,  
Wagen-, Darm- und Stoffwechselkrankheiten,  
bei verschiedenen Frauenleiden und Kinderkrankheiten usw. Propretelle  
sollten durch G. Wohlmut & Co., A. G., Dresden - II, General-  
Vertreter: Richard Griebe I, Niederfrauendorf bei Dippoldiswalde.

### Eine gute Zigarre

bringt wahre Weihnachtsschönheit. In kleinen Präsentbüchsen zu  
10 und 25 Stück gepackt sowie Zigaretten, Tabak und Tabakspeisen  
empfiehlt

### W. Zimmermann, am Bahnhof.

### Ein östfriesisches Bullen- sowie Auhals

reinblälig, gibt ab

Erb'ehngericht Reinholdshain.

Denkmalen gebauten wir wieder einen großen frischen Transport

### vorzügliches Milchvieh

hochtragend und frischmell -

leichten in d. schweren Schlägen,

zu billigsten Preisen bei uns zum  
Verkauf.

Hainsberg Emil Kästner & Co.  
Gernsprecher Freital 296.

# Beilage zur Weißeritz-Zeitung

Nr. 291

Mittwoch den 14. Dezember 1921

87. Jahrgang

## Der Kampf um die Frankenwährung.

Ein Bericht der Saarkommission an den Volksbund.

Ein soeben erscheinender Monatsbericht des Volksbundes veröffentlicht Angaben aus einem Bericht der Regierungskommission des Saarlandes für August, September und Oktober, der ein dässeres Bild der durch den Marschzug im Saarland entstandenen Verhältnisse entwirft, um damit die Maßnahmen der Regierungskommission zu rechtfertigen, die mit Hilfe von Krediten die Gehaltszahlungen in Franken an die Gemeindebeamten für das laufende Budgetjahr ermöglichte.

Der Bericht erwähnt, daß diese Neuerung von mehr als der Hälfte der Gemeinden angenommen, aber von Saarländern unter großer Agitation abgelehnt wurde. Die bekannte saarländische Abordnung, welche in Genf gegen die Frankenwährung protestierte, wird als Pseudodelegation bezeichnet. Zur Sprachenfrage teilt der Bericht mit, daß vierzig Lehrer und 20 verlinnen an Sekundenturnen in Ranch und Boulogne teilnahmen, um hauptsächlich in den Grenzgemeinden, die dies wünschen, französischen Unterricht zu erteilen. Die Regierungskommission hält die gegenwärtige industrielle Tätigkeit für sehr bedeigend, sie erklärt jedoch, daß sie seit Beginn ihrer Amtsführung nie eine so schwierige Lage gekannt habe.

Von halbmäßlicher Seite wird hierzu gemeldet: falls diese Meldung den Inhalt des Berichtes der Regierungskommission zutreffend wiedergibt, stellt der Bericht die Tatsachen auf den Kopf. Der wirtschaftlich nüchtern zu urteilen vermag, erkennt leicht, daß nicht der Marschzug die Wirtschaftskrisis im Saarland verursacht, sondern die von der Regierungskommission erzwungene Erweiterung des Frankenumlaufs, weil hierdurch das gesamte Wirtschaftsleben des Saarlandes mit so hohen Unkosten belastet wird, daß es auf dem deutschen Markt — und dieser ist für das Saarland unerträglich und unentbehrlich — konkurrenzunfähig wird.

## Die Presse in Bedrängnis.

Riesenhohe Steuerung.

Wohl kaum ein Gewerbe leidet derartig unter der Not der Zeit und der riesenhaften Besteuerung aller Materialpreise, wie die Presse, ohne daß diese wie die meisten anderen Branchen in der Lage ist, diese Lasten einfach abzuwälzen. Schätzlich hat erst der Verein deutscher Zeitungsverleger nachgewiesen, daß die Materialpreise stellenweise auf das Hundertfünfzigfache gestiegen sind. Daß damit in einzelnen Fällen nicht einmal die Höchstgrenze benannt worden ist, beweist folgende Gegenüberstellung der Preise für Druckpapier, wie sie einst waren, wie sie jetzt bezahlt werden müssen und wie sie aller Wahrscheinlichkeit nach bald von weiteren Erhöhungen überholt werden:

	Großhandelspreis	Preis Ddr.
1 Kilo Papier	M. —,20	M. 4,20
1 " Auszeichnungsschriften	M. 4,50	M. 68,—
1 " Stereophymetall	M. —,50	M. 28,—
1 " Weichblei	M. —,20	M. 28 —
1 " Antimon	M. —,30	M. 11,—
1 " Blei	M. 1,50	M. 189,—
1 " Walzenmasse	M. —,22	M. 75 —
1 " Del	M. —,55	M. 24,50
1 " Farbe	M. —,38	M. 10,80
1 " Bengal	M. —,38	M. 29,50
1 " Dextrin	M. —,40	M. 36 —
1 qm Mutter	M. —,75	M. 15,—
1 qm Strichzüge	M. —,03	M. 0,90
1 Autothipien	M. —,07	M. 1,50

Doch diese Preise steigende Tendenz zeigen, ergibt sich u. a. aus einem neuerdings gefassten Beschuß der Reissstofffabrikanten, für Monat Januar den jüngsten Preis für Druckpapier-Reissstoff von 340 Mark um 320 Mark, also auf 660 Mark für je 100 Kilogramm zu erhöhen. Das ist eine Verdopplung der erst im vorigen Monat herausgesetzten Preise. Die Druckpapierfabrikanten sehen sich deshalb veranlaßt, die Druckpapierpreise um weitere 80 Mark für 100 Kilogramm zu erhöhen.

Dazu kommt noch die famose Unzeigensteuer. Letztendes läuft das alles dann auf eine Erhöhung der Bezugs- und Anzeigengebühren hinaus, da der Zeitungsverleger ja gar nicht in der Lage ist, diese ungeheure Mehrbelastung zu tragen. Endlich ist z. B. Papier kaum noch zu haben, da zahlreiche Fabriken wegen Kohlenmangels still liegen und außerdem noch die Eisenbahn nicht in der Lage ist, das etwa vorhandene Papier heranzubringen. Geht das so weiter, dann steht das einzige blühende deutsche Zeitungsgewerbe vor dem Ruin.

## Der erste Kapp-Prozeß.

Belaufende Briefe Kapp's.

Am Schluß des zweiten Verhandlungstages im Prozeß gegen Jagow und Genossen wurde eine Reihe von Dokumenten aus dem Kapp-Unternehmen verlesen. Es handelt sich vornehmlich um Erlasse und Proklamationen der Kapp-Regierung, von deren Veröffentlichung die Angeklagten zum Teil nichts wissen wollen. Biel wichtiger als diese Kundgebungen sind zwei Briefe, die der Führer der ganzen Aktion, der sächsische Generallandschaftsdirektor Kapp aus der schwedischen Verbannung im Herbst 1920 nach Deutschland gerichtet hat; der eine an den Grafen Westphal

als Mitarbeiter an der „Kreuzzeitung“, der andere an einen unbekannten Adressaten, belbes leidenschaftliche Anklageschreiben gegen gewisse Generäle und die hohe Bürokratie, die Herrn Dr. Kapp bei seinem Unternehmen im Stich gelassen hätten und denen er die Schuld am Scheitern seines Unternehmens zuschreibt. Im Gegensatz zu General Lüttwitz und den Angeklagten stellt Kapp ausdrücklich fest, daß er bei dem Marunternehmen ganz andere Ziele verfolgt habe, als die Verfassung zu sichern. „Ich würde“, so heißt es in einem der Briefe, „mich vor der Welt und vor mir selbst lächerlich machen, wenn ich mich mit dem agitatorischen Kniff verteidigen wollte, es habe sich nicht um einen Bruch der Verfassung gehandelt.“

Kapp erklärt dann weiter in dem Schreiben, das Unternehmen sei anders geworden, als er beabsichtigt hatte. Es sei auch dadurch zur Unzertrennlichkeit ins Rollen gekommen, daß General von Lüttwitz es in der Unterredung mit Ebert und Noske am 10. März sozusagen direkt angekündigt habe. Seine (Kapp's) Anordnung habe dahin gelautet, Ebert und die Reichsregierung in der Nacht zum 13. Februar zu verhaften. Statt dessen hätten sich die Militärs auf Verhandlungen eingelassen und der alten Regierung, die ernstlich gar keinen Ausgleich wollte, damit Zeit zur Flucht gelassen. Die Mehrzahl der verlesenen Beweismittel hat man ebenso wie die Kopien der beiden Kapp-Briefe dem Angeklagten Schiele bei seiner Verhaftung, als er die bayerische Grenze überquerte, abgenommen.

Ludendorffs Aussage vor dem Reichsgericht.

Am dritten Verhandlungstage wurde zunächst Kapp's Pressechef, der Redakteur Harnisch, vernommen, der die Preskonferenz für Kapp leiten sollte. Hierauf wird Eggenberg, Ludendorff, einer der Hauptzeugen, vorgerufen. Der Zeuge befand wiederholte, daß er vor dem 13. März mit Kapp immer nur Mittel gegen die sozialistische Gefahr gesucht habe. Neben Lüttwitz' Konflikt mit der Regierung weiß Ludendorff nichts. Er hörte und sah ihn erst nach dem Putsch in der Reichskanzlei wieder, wohin er nur zur Information gegangen war. Am 14. März sei er von Lüttwitz wieder hingerufen worden. Man spreche immer von Kabinettsitzungen. Er müsse sagen, etwas menschlich Kläglicheres als dieses allgemeine Durcheinander geredet habe er nicht erlebt.

Ludendorff erklärt, er sei immer wieder in die Wilhelmstraße gerufen worden, am meisten angeblich wegen des Generalstreits. Die ziellosen Besprechungen ärgerten Ludendorff aber so, daß er jedesmal vor Schlus wegging.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er täglich in die Reichskanzlei gegangen sei, um Kapp zu helfen, erwiderte Ludendorff: „Um Kapp, der gegen die breite Basis für die Regierung war, zu veranlassen, daran festzuhalten. Nach der Weinarett-Besetzung war der Reichskanzler, das war damals Kapp, der allein Verantwortliche.“

Damit war die Vernehmung Ludendorffs zunächst beendet. Eine Bereidigung des Zeugen wurde noch nicht vorgenommen.

Nach ihm wurde noch eine Reihe von Zeugen vernommen, darunter u. a. der Generalmajor Heye, Konteradmiral Heinrich. Die Zeugenaussagen sollten vornehmlich Aufklärung darüber bringen, ob das Unternehmen verfassungsändernd war und ob die Angeklagten als Urheber oder Führer des Unternehmens im Sinne des Amnestiegesetzes anzusehen waren und ob sie mit den Zielen des Unternehmens einverstanden waren.

General von Seeckt als Zeuge.

Die Zeugenvernehmung im Jagow-Prozeß scheint sich immer mehr auszuweiten. Schon liegen dem Reichsgericht eine große Anzahl Aussagen vor und noch harren eine große Reihe von Zeugen auf ihre Vernehmung. Mit ergutbesitzer v. Stubben dorff teilt mit, daß Jagow einen Eintritt in die Nationale Vereinigung noch Aufforderung abgelehnt habe. Der Direktor des Bommerschen Landarbeiterbundes v. Dreiwitz sagt aus, daß man mit dem Vorschlag stets warfen wollte, bis die Kommunisten losgingen.

Korvettenkapitän Wolfgang v. Trotha, der erster Adjutant Eichardts gewesen ist, behauptet, er habe nur Personalangelegenheiten unter sich gehabt und sei mit dem Militärischen nicht beschäftigt gewesen. Er habe nur auf Befehl von Vorgesetzten gehandelt. Der Zeuge macht dann Angaben über den Anmarsch der Truppe.

Das Gericht beschließt, die Zeugen von Stubben-dorf und Trotha nicht zu bereidigen, da der Verdacht, sie seien als Teilnehmer des Unternehmens zu betrachten, nicht bestigt sei. Hierauf erfolgte dann die Bereidigung Eggenberg v. Ludendorffs, Redakteur Harnisch und Direktor v. Dreiwitz.

General v. Seeckt, der als Zeuge vernommen wird, erklärt, daß Lüttwitz schon lange vor dem Putsch Pläne hatte, die sich mit seiner militärischen Unterordnung nicht vereinbarten. Deshalb hatte der Zeuge Lüttwitz Entlassung verlangt. Seeckt sagt von den Vorgängen am 13. März aus, die Beratungen der Regierung hätten die Unmöglichkeit eines militärischen Widerstandes gegen die Eichardttruppen ergeben. Die Berliner Truppen waren gut, aber wollten sich nicht mit Kameraden schlagen. Es war daher die Aufgabe, erst mehr Truppen heranzuschaffen, ohne die Berliner Truppen einer Niederlage auszusetzen. Gerade die Zurücknahme der Berliner Truppen war der Anfang vom Ende Kapp's. Sie brachte Kapp um seinen „Sieg“ am Brandenburger Tor, enttäuschte seine Soldaten, die seinen Gegner sahen und daher nicht wußten, wozu ihr Wachgebot diente. Das war der Anfang ihrer Vernichtung.

General v. Seeckt führt fort: Die Annahme, daß die große Masse der Reichswehr und des Offizierkorps hinter Lüttwitz stand, ist falsch. Zu den gewalttamen Unternehmungen Kapp's und Lüttwitz' hat nur ein sehr kleiner Teil des Offizierkorps seinen Namen gelehnt.

Der Führer der Deutschnationalen, Staatsminister a. D. Hergt, kennzeichnet seine Auffassung beim Ausbruch des Kapp-Putsches: „Ich war ganz wütend und politisch bestreit.“ Der belauschte Parlamentarier der Deutschen Volkspartei Heinz ergibt von seinem Zusammentreffen hinter Elsterwerda mit den Ministern Giesberts, Koch und Gehler, die er zu den Verhandlungen mit General Mörser, der zwischen Kapp und Regierung vermittelte, begleitete.

Bei der Vernehmung des früheren Reichsvorwärts-Noske beanstandet die Bereidigung die vorherige Vornahme der Bereidigung, da Noske hinreichend verdächtig sei, sich strafbar gemacht zu haben, da er ein hochverräterisches Unternehmen nicht sofort zur Kenntnis gebracht habe. Der Gerichtshof beschließt trotzdem die vorhergehende Bereidigung.

## Locales.

△ Neue Briefmarken zu 2, 3 und 4 M. Die Reichsdruckerei hat neue Briefmarken zu 2, 3 und 4 Mark hergestellt. Die Postanstalten sollen die zu 3 Mark in der ersten Hälfte des Dezember erhalten, die zu 2 und 4 M. wenn die älteren Bestände an Germaniamarken aufgebraucht sind. Die mittleren Markenwerte zeigen in der Mitte ein weißes Posthorn. Die Marken sind zweifarbig gedruckt. Auf einem helleren Unterdruck in Guillochemuster befindet sich der dunklere Überdruck mit dem eigentlichen Markenbild. Die Marke zu 2 Mark ist dunkelblau auf rosa gedruckt, die zu 3 M. hellrot auf gelb, die zu 4 M. dunkelgrün auf hellgrün. Der Gesamteinindruck ist lila, rotorange und dunkelgrün. — Kartenbriefe zu 60 Pf. mit dem Motiv des reitenden Postillions in rotlila werden jetzt ausgegeben.

## Aus Stadt und Land.

\*\* Ein schweres Unglück hat sich beim Abbruch der alten Eisenbahnbrücke über die Reuss bei Luzern ereignet. Beim Herausnehmen einer nicht explodierten Sprengladung ging diese plötzlich los, wodurch zwei Ingenieure und ein Arbeiter getötet und vier Arbeiter schwer verletzt wurden.

\*\* Blutiger Kampf in einer Konditorei. In Iphofen (Württemberg) kam es bei einem Einbruch in eine Konditorei zu einer Schieberei zwischen den Einbrechern und den Verfolgern, wobei der Bauer Guggerberger durch einen Schuß in den Hals getötet, der eine Einbrecher durch zwei Dungenschüsse, der andere durch tückige Schläge schwer verletzt wurde.

\*\* Ein kommunistisches Waffenlager von den Franzosen entdeckt. Wie der „Vorwärts“ aus Düsseldorf berichtet, soll die dortige Besatzungsbehörde ein großes Waffenlager aufgedeckt haben. Es sollen zwei schwere und sechs leichte Maschinengewehre, 147 Gewehre und 30 000 Stück Infanteriegewehrmunition gefunden worden sein. Die Meldung trifft, soweit bisher festgestellt werden konnte, im allgemeinen zu. Die Waffen wurden in einer Kaserne gefunden, welche gegenwärtig mit französischen Truppen besetzt ist. Die Gewehre usw. waren unter dem Fußboden verborgen, eine Untersuchung ergab, daß die Waffen bei den letzten großen Unruhen dort von der Roten Armee untergebracht worden sind. Die Franzosen haben die Waffen beschlagnahmt.

\*\* Französische Spione im Ruhrrevier. Wie die „Essener Allgemeine Zeitung“ schreibt, macht sich die französische Spionage die augenblickliche deutsche Geldentwertung immer mehr zu Nutzen. Anscheinend um Unterlagen für die Unmöglichkeit einer französischen Wiederaufrüstung zu erhalten, wird insbesondere der Westen Deutschlands in letzter Zeit mit französischen Agenten überschwemmt, die in erster Linie die Aufgabe haben, der Stärke und Bewaffnung der Reichswehr und Polizei sowie den angeblich bestehenden bewaffneten Geheimbünden und Organisationen nachzuspüren. Allein in den letzten Tagen ist es gelungen, insgesamt 11 Spione festzunehmen. So vier in Münster, drei in Bochum und vier in Essen.

\*\* Wassernot im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Infolge des niedrigen Wasserstandes ist eine Reihe Orte des Industriegebietes in Gefahr, von der Wassernot heimgesucht zu werden. In Bochum macht sich die Wassernot stark bemerkbar. In Solingen plant man zur Wassersparnis die Stilllegung der Badeanstalten und ein Verbot des Buhausebads bei 500 Mark Geldstrafe. Das Wassergeld soll stärker heraufgesetzt werden. Auch in Hesse-Westfalen machen sich die Schwierigkeiten in der Wasserversorgung bereits stärker bemerkbar.

\*\* Schließung eines Gußstahlwerkes wegen Kohlemangel. Wegen Kohlemangels war vor kurzem der Betrieb des Gußstahlwerkes Witzen bereits erheblich eingeschränkt worden. Jetzt muß das Werk aus diesem Grunde vollständig geschlossen werden.

\*\* Den Gatten erstickten. In München hat die 44jährige Zeitungsträgerin Wed ihren Mann, von dem sie im Bett miss behandelt worden war, mit einem Küchenmesser vor den Augen der auf ihr hilfegeschrei herbeigeeilten Hausbewohner erstickt.

\*\* Großes Erdbeben in Japan. Aus Washington wird gemeldet: Die japanische Botschaft hat Berichte erhalten, wonach Tokio, die japanische Residenz- und Regierungshauptstadt, von einem Erdbeben heimges-

Nicht wurde, wie es in solcher Säde seit zwanzig Jahren nicht vorgekommen ist. Eine Anzahl Personen wurde verlegt und zahlreiche Häuser beschädigt.

#### Kleine Nachrichten.

- Die Angestellten der Berliner Hoch- und Untergrundbahn sind wegen Lohnstreitigkeiten in den Streik getreten.

- Der 1800 Tonnen große deutsche Dampfer "Elisabeth Cora", der mit Kohlen von England nach Rostock unterwegs war, ist in der Nähe des Elster Ueberstrandes im Nebel gestrandet.

- In den nächsten Tagen wird das Postzeitungsdam in Berlin auf ein 100jähriges Bestehen zuschließen.

- In Dresden wurden die beiden Männer das 75-jährige Kaufmann Ullman verhaftet, der dieser Tage in einer Berliner Wohnung ermordet aufgefunden wurde.

- Die Verhandlungen im Streik der Berliner Hochbahngestellten blieben bisher ergebnislos.

- Die Betriebschaft sämtlicher Schächte der Bergwerkschaft Zwischen den Hauptaktionären die Stadt Bautzen ist, ist gegen Lohndifferenzen in den Streik getreten.

#### Gerichtsaal.

- Die Wiener Unruhen vor Gericht. In Wien begannen die Verhandlungen wegen der am 1. Dezember im Anschluß an die Teuerungs-demonstration der Floridsdorfer Fabrikarbeiter erfolgten Blümlungen. Gegen die meist jugendlichen 41 Angeklagten wurden wegen Diebstahls, öffentlicher Gewalttätigkeit und bösartiger Sachbeschädigung Strafen von vier bis zehn Monaten schweren Kerkers, verhängt durch hartes Lager einmal im Monat, verhängt.

- Gefängnis für das deutsche Lied. Der Geschäftsführer eines Gasthauses in Düsseldorf wurde von der Besatzungsbehörde zu 15 Tagen Gefängnis verurteilt, weil die Kapelle des von ihm geleiteten Betriebes das Deutschnational-Lied gespielt hatte. Der Kapellmeister wurde zu derselben Strafe verurteilt.

#### Der Mord in Kleppelsdorf.

Die Aussagen des Bormundes.

Die Fortsetzung der Beweisaufnahme bringt die mit Spannung erwartete Aussage einer Martha Körber, der Geliebten des Angeklagten Gruppen, die bei ihm in Stellung war. zunächst wird die Beugin nach dem Abschiedsbrief der Ursula an die Großmutter gefragt. Die Mutter ist von Ursula zuerst gebeten worden, den Brief der Großmutter zu geben, dann hat Ursula wieder gezögert, bis dann die Mordtat geschah und der Brief bei der Ursel gefunden wurde. Von noch größerer Bedeutung ist die Aussage dieser Beugin, daß der Angeklagte zur Zeit, in der der Mord geschehen ist, das Zimmer, in dem die Mutter gespielt wurde, nicht verlassen hat. Weiter sagt die Beugin aus, daß nach ihrer Erinnerung, Frau Edert die erste gewesen sei, die nach der Mordtat davon gesprochen hat, daß sie jetzt Millionärin sei.

Der nächste Zeuge ist der Bormund der Dörthe Rohrbeck, Hauptmann a. D. Bielhald. Bielhald, der Jagdfreund des alten Rohrbeck gewesen ist, sagt aus, daß er als Bormund den Damen 18 000 Mark für Kleidung, Gehalt, Wohn, Dienstmädchen und Erzieherin bewilligt habe. Wenn er mehr bewilligt hätte, so hätte er das Kapital angekreisen müssen. Der Bormund behauptet dann die zwischen ihm und Fr. Bahn, die schlecht gewirtschaftet habe, ausgebrochenen Differenzen. Fr. Bahn hätte nach seiner Meinung die Dörthe falsch ergangen. Der Zeuge berichtet dann noch, daß Gruppen ihm erzählt habe, Fr. Bahn unterhalte Beziehungen zu verhetzten Leuten, Dörthe rauche sehr viel Zigaretten, durchzähne die Nächte und lese böse Bücher.

Nachdem noch eine Berliner Freundin der Dörthe und andere Beugen unveröffentlichte Aussagen gemacht haben, stellt der Vorsitzende an den Angeklagten die Frage, warum er so lange in Kleppelsdorf gewesen sei, obwohl er doch sehr früh empfangen wurde und ob er gewartet hätte, bis man ihn rausgeschmissen habe. Gruppen gibt darauf mit erhobener Stimme zurück: „Ich wollte, ich wäre rausgeschmissen worden, dann wäre ich heute nicht auf der Unklagebank.“

Eine Lehrerin der getöteten Ursula sagt von dieser Gute aus und glaubt nicht, daß die Ursula die Tat begangen hätte. Nach der Mordtat sei ihr von Mitschülerinnen erzählt worden, daß Ursula einmal nach der Schule, in der von Hypnotisierer die Rede war, gesagt hätte: Ihre Mutter sehe einen Mann, der einen so scharfen Blick habe, daß man alles tun müsse, was er wolle. Die Adresse dieses Mannes habe Ursula nicht angegeben.

Mit großer Spannung nimmt sodann der Gerichtshof die Aussage der nahezu 80-jährigen Großmutter der ermordeten Dörthe, Frau Edert, die Schwiegermutter des Angeklagten ist, entgegen. Frau Edert schildert, wie ihre Tochter den Angeklagten durch eine Heiratsannonce kennen lernte, daß die beiden anfangs in glücklichster Harmonie gelebt hätten und daß später Differenzen zwischen den Ehegatten eintreten. Meine Tochter, sagt die alte Mutter aus, hat mich auch einmal in der Nacht zu Hilfe gerufen. Bei dieser Gelegenheit war Gruppen aus dem Fenster geflüchtet. Aber irgendwelche Unzulässigkeiten habe ich nicht bemerkt. Zu den Kindern war Gruppen sehr nett.

#### Soziales.

- Eine Milliarde für die Rentner. Der vor dem Ausschuß stehende Gesetzentwurf für Rentenversicherungen der Invalidenrentner und Rentner sieht aus der Angeklagtenversicherung für 1931 einen Unterstützungsbeitrag von 1000 Millionen Mark vor, an denen etwa 1 Million Rentner teilhaben sollen. Für die Kleinrentner, deren etwa 250 000 bedürftige in Frage kommen, sollen außerdem 100 Millionen Mark als Reichsaufschüsse an die Länder und Gemeinden gezahlt werden.

#### Volkswirtschaft.

- Das Deutsche und Tschechoslowakische Wirtschaftsabkommen. Das

Anfang dieses Jahres vereinbarte Wirtschaftsabkommen, das deutsch-slowakisch bereits unterzeichnet war, ist nunmehr auch von der Regierung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen genehmigt und durch ihre Vertreter gezeichnet worden. Es soll nach Genehmigung durch die beiderseitigen parlamentarischen Kommissionen und darauffolgender Ratifikation in Kraft treten. Mit der tschechoslowakischen Republik ist bekanntlich schon seit längerer Zeit ein Wirtschafts-

vertrag abgeschlossen.

„Das wäre etwas anderes!“ sagte Kumppler sonoren Tone. „Freilich kann es so gewesen sein. Wie hat sich denn dieser Hagen aus der Schlinge gezogen?“

„Man hat ihn nicht gefangen. Er ist spurlos verschwunden.“

„Ah! Das ist in der Tat verdächtig.“ Die Polizei macht sich die Untersuchung leicht.

Sie sagt sich jedenfalls: Hat man keinen Beweis für einen Mord, weil die Leiche nicht gefunden worden ist, so kann nur Täuschung vorliegen. Dadurch bleibt der Mord auf meinem Bruder weiter hängen. Sie können sich denken, daß ich unter den obwaltenden Umständen meinen Bruder lieber als tot beweinen möchte, wie mit diesem Mord befasst stehen.“

„Ganz erklärlich. — Der mutmaßliche Täter ist aus gutem Hause.“

„Ja, der Vater, Baron von Hagen, lebt in Westpreußen auf seinem Rittergut.“

Brau Kumppler bemühte sich, das Gespräch in ein anderes Fahrwasser zu lenken. Sie sah, daß es nötig war, ihre Gäste von den unschönen Gedanken und Gedanken, die sie der Wirklichkeit entrückten, abzubringen.

„Es war schon ziemlich dunstig, als ein Wagen das junge Ehepaar nach dem Hotel zurückbrachte.

„Nun?“ fragte der Ingenieur seine Frau, „wie haben die die Kumpplers gefallen?“

„Außerordentlich, Berhard. Ich habe augenscheinlich die Empfehlung, als wäre ich nicht in Chile, sondern käme von unserem Nachbargut und führe nach Petonen zurück.“ Doch kaum war der Name ihrer Heimat gefallen, da schlossen sich ihre Augen wieder mit Tränen. Langsam rollten sie über die Wangen und fielen auf ihren Schoß. Ihr Mann sah es nicht. Es war gut so.

Das Weihnachtsfest stand vor der Tür. Kinder und Eltern lagen unter einer dichten Schneedecke begraben. Die ganze Natur schien ausgestorben.

Im „roten Krug“ hatte der alte Rechte stark heißen lassen, denn wer heute bei ihm Einkehr hält, willst du vor allen Dingen aufwärmen. Große Stavel Buchenscheite vor dem dieleibigen Ofen waren zum Nachlegen bestimmt. Vor dem Krug hielten mehrere Bauernschlitten, die sämtlich aus der Stadt gekommen waren, denn hinter den Brettern sah man geheimnisvolle Kisten und Kartons verstaut. Die Pferde sprachen aus ihren Hutterträgern und waren gegen die Kälte durch Teden nordöstlich geschlägt. Die Venter dieser Gesährt, meist die Beiner selbst, hatten in schöner Eintracht im Krugzimmer um den großen runden Tisch in der Mitte des großen Raumes Platz genommen, um ihre Sledder äußerlich und innerlich zu erwärmen.“

In der „Weinstube“ in einem behaglichen Eschen in der Nähe des Ofens finden wir, zwischen zwei Landwirten sitzend, einen Bekannten wieder: Lehrer Freilauf. Sein fröhliches Auge, seine heiteren Miene lassen den Schluss zu, daß die gesunde rote Farbe auf seinem vollen Gesicht nicht allein von der mangelnden Temperatur des Zimmers herrührt.

Freilauf wurde jetzt Schallengelaut hörbar, das sich allmählich verstärkte und plötzlich aufhörte.

„Ah! Die schöne Baronesse und Kohlrausch! Sie halten hier an! Wahrhaftig, sie liegen beide ab. Ihre Hoheit geruht zum erstenmal ihre Schritte in die Weinstube zu lenken. Wenn nun bloß nicht das Haus einschlüpft! Na, wollen sehen.“

Freilauf setzte sich in Positur. Sein Herz klopfte verräderisch.

Die Tür ging auf. Im Türrahmen erschien Agnes, in einem langen Pelzmantel eingehüllt. Sie zögerte, weiterzuschreiten.

„Bitte, zur Privatzimmer geht's dort durch die Tür rechts!“ komplimentierte der alte Rechte den seltenen Gast, indem er auf eine schmale Tür im Hintergrunde der Weinstube hinknickte.

„Ah — Sie hier, Herr Freilauf“, kam es verdrösselt von ihren Lippen. „Ich denke, Sie haben jetzt Schulstunden?“

Freilauf hatte sie bewundernd angestarrt und seine Reverenz gemacht.

„Nein, gnädigste Baronesse“, entgegnete er in seiner bedächtigen Sprechweise, „es sind jetzt sozusagen Schulferien, und da mache ich etwas in Heimatland: Roter Krug, Grüner Storch, Weißer Schwan...“

Ihre Miene heizerten sich lächelnd auf, als sie weiter ging und in der Tür zum Privatzimmer verschwand.

Kohlrausch drückte im Vorbeigehen Freilauf die Hand. Dieser hielt ihn noch fest.

„Sie, Spezi“, flüsterte er ihm zu, „haben Sie noch Platz in Ihrem Schlitten?“

„Warum nicht! Wir werden uns etwas quetschen müssen, aber es wird gehen!“ flüsterte dieser zurück.

„Ich habe ja nur Spaß gemacht, Inspektor.“ Wie könnte ich der Gnädigen zumuteten ... außerdem wird sie es nicht gestatten.“

„Passen Sie nur, Sie kommen mit! Abgemacht! Sollen sogar dicht neben der Baronesse sitzen. Das ist Ihnen noch unangenehm?“ Er zwinkerte lächelnd mit den Augen.

„Ich — dicht — neben — ihr? Ganz eng — ganz gedrängt?“ Er hob das rot angelaufene Gesicht verzückt zur Decke. „Man erlebt — also — wirklich — noch — Weihnachtsmärchen!“

„Halten Sie sich in einer Viertelstunde zur Fahrt bereit.“

Hastig schritt Kohlrausch der Baronesse nach, die schon hinter der Tür verschwunden war. Dem Wirt gab er Auftrag, Glühwein zu bringen. — — —

„Das war wieder ein kurzer Einfall von Ihnen, hier abzusteigen!“ sagte Agnes verdrießlich, als Kohlrausch in das Zimmer eintrat, das völlig vollständig lag und seinen besonderen Ausgang hatte. „Ich habe gar kein Bedürfnis, etwas Warmes zu genießen.“ Ein ehrwürdiger Blick traf ihren Kavaller, den dieser gleichzeitig hinnahm.

„Sie in Ihrem Pelze mögen von der Kälte nicht so mitgenommen sein wie ich, aber auch Ihnen wird ein warmer Trunk gut tun, Agnes!“ läutete er hinzu. (Fortsetzung folgt.)

Chen-Diplome druckt Carl Jähne, Dippoldiswalde